



Sitzung vom

26. Oktober 2021

Mitgeteilt den

27. Oktober 2021

Protokoll Nr.

920/2021

Fraktionsauftrag FDP

betreffend Umsetzung des Polizeigesetzes gemäss der Teilrevision aus
dem Jahr 2018

Antwort der Regierung

Das Polizeigesetz (PolG; BR 613.000) enthält in Art. 4 Abs. 6 ein ausdrückliches Bekenntnis zur Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und den Gemeinden und damit ein Bekenntnis zum dualen System. Das duale System bedingt aber eine Vielfalt der Aufgabenteilungen, die dann in der Abgrenzung immer wieder zu Diskussionen führt. Hierzu führte die Regierung in der Grossratsdebatte (GRP 2018/2019, S. 87) aus, dass "wenn wir aber an diesem dualen System festhalten, das auch Ihrem Willen entspricht, dann gibt es Abgrenzungen und irgendwo müssen wir dann einfach diesen Strich ziehen." Dieses Bekenntnis zum dualen System gilt nach wie vor und sowohl die Regierung als auch das Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit handeln entsprechend. Dennoch kann im Bericht Polizei Graubünden 2015plus, der am 22. September 2015 von der Regierung genehmigt worden ist, auf Seite 54 nachgelesen werden, dass es zu begrüßen wäre, wenn mittelfristig die verbliebenen Gemeindepolizeien (ausser Stadt Chur) durch Vertragsregelungen aufgehoben werden könnten. Die Förderung der vertraglichen Übernahme von gemeindepolizeilichen Aufgaben durch die Kantonspolizei entspricht folglich der Strategie der Regierung. Die Regierung hält somit fest, dass das DJSG keine unzutreffende Interpretation des Polizeiberichts 2015 vornimmt resp. vorgenommen hat.

Der oben erwähnte Strich wird insbesondere dort gezogen, wo im geltenden Recht die notwendigen Grundlagen fehlen. Fehlen hingegen die notwendigen Grundlagen nicht, müssen noch die polizeirechtlichen Voraussetzungen erfüllt sein, denn eine

Delegation von Kompetenzen kann und darf gemäss Art. 5 Abs. 4 PolG nur erfolgen, wenn die Voraussetzungen und Strukturen dafür gegeben sind. Zudem bedarf es für eine solche Delegation, welche vertraglich zu vereinbaren ist und somit beiderseitig einer Zustimmung benötigt, stets sachlich sinnvolle Gründe. Deshalb erfolgt eine Aufgabenübertragung nach Art. 5 Abs. 4 PolG dort nicht, wo eine solche unzweckmässig ist und die organisatorischen sowie personellen Voraussetzungen nicht erfüllt sind.

Bei vertraglichen Aufgabenübertragung der Kantonspolizei an eine Gemeindepolizei muss die Regierung zudem die polizeiliche Gesamtstrategie im Blick haben.

Sollten Gemeinden gestützt auf Art. 5 Abs. 4 PolG ein konkretes Anliegen haben, welchem im geltenden Recht die notwendigen Grundlagen nicht fehlen, können sie dieses mit entsprechenden Ausführungen zu den in Art. 5 Abs. 4 PolG genannten Voraussetzungen an das DJSG richten. Im Anschluss daran prüft das DJSG das Ersuchen.

Die Regierung hält nach den obgenannten Ausführungen fest, dass die Umsetzung und Anwendung des teilrevidierten Polizeigesetzes aus dem Jahre 2018 korrekt erfolgt und keine entsprechenden Aufträge des Grossen Rats ignoriert werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen und gleichzeitig als erledigt abzuschreiben.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Fraktionsauftrag FDP betreffend Umsetzung des Polizeigesetzes gemäss der Teilrevision aus dem Jahr 2018 (Erstunterzeichner Pfäßli)

Am 26.5.2021 reichte die Gemeindepolizei St. Moritz beim Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit ein Gesuch um Bussenkompetenz in Sachen des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) gemäss Bussenliste 2 ein. Am 8.7.2021 lehnte das DJSG dieses Gesuch mit der nachfolgenden Begründung ab:

«Unter gewissen Voraussetzungen können im Ausnahmefall kantonspolizeiliche Aufgaben gegen Entschädigung vertraglich an die Gemeinden übertragen werden. Eine solche Übertragung erfolgte bislang ausschliesslich auf die grösste Gemeindepolizei, nämlich die Stadtpolizei Chur, und stellt auch aufgrund der historisch gewachsenen Strukturen eine Ausnahme dar. Die Regierung hat mit der Genehmigung des Berichts «Polizei Graubünden 2015plus» u.a. beschlossen, am bestehenden Modell der polizeilichen Organisation festzuhalten. Das heisst, es wurde auf die Schaffung einer Einheitspolizei verzichtet und damit auch darauf, den Gemeinden ihre bestehenden Zuständigkeiten zu entziehen. Allerdings geht der Bericht davon aus, dass – ausser Chur – die übrigen acht Gemeinden mit eigener Polizei mittelfristig freiwillig ihre Aufgaben der Kantonspolizei vertraglich übertragen. Die Regierung will denn auch diese Vertragslösungen fördern, insbesondere im Rahmen von Gemeindefusionen und der Regionalisierung von Gemeindeaufgaben. Weitere Ausnahmen analog Chur sind weder geplant noch die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben.»

Diese Begründung steht im klaren Widerspruch zur Teilrevision des Polizeigesetzes, welches in der Session des Grossen Rats vom 29.8.2018 bis 1.9.2018 beraten und beschlossen wurde und ignoriert bewusst die unmissverständlichen Voten, welche in der entsprechenden Debatte vom Regierungsvertreter und verschiedenen Parlamentsmitgliedern zu Protokoll gebracht wurden. So gab der zuständige Regierungsrat Rathgeb bezüglich Polizeibericht 2015, Strategie und Zukunft der Gemeindepolizei und zu deren Aufgaben respektive Kompetenzen, folgendes zu Protokoll:

«Wir haben dort die Kernfrage geklärt, ob wir weiterhin im Kanton Graubünden mit einem dualen System fahren wollen und damit [...] das Thema der Einheitspolizei vom Tisch gebracht. [...] Das heisst, wir haben ein feines System an Kompetenzen, die austariert sind zwischen Kanton und Gemeinden. Wir versuchen das mit dieser Teilrevision zu festigen, ohne die Kompetenzen der Gemeinden zu tangieren, zum Teil sogar noch etwas zu erweitern und dann auf individuelle Lösungen einzugehen. [...] Und wir haben eine Grundregelung, um dann den individuellen Bedürfnissen der Gemeinden [...] auf der vertraglichen Ebene Nachachtung zu verschaffen. Und ich meine, dass das ein sehr gutes, auf die Bedürfnisse des Kantons und der Gemeinden zugeschnittenes Modell ist, das wir mit dieser Teilrevision zementieren und an den Schnittstellen Fragen regeln. Aber noch einmal: Diese Schnittstellen bleiben natürlich immer in einem Kanton, der dieses duale Modell lebt. Wir leben das, wir bekennen uns klar dazu und wir möchten das auch in Zukunft leben (Grossratsprotokoll 112018/2019, S. 87).»

Gleich äusserte sich auch der damalige Kommissionpräsident, Grossrat Cramer:

«Aus dem Polizeibericht [...] entspringt die Erkenntnis, dass auf die Einführung einer Einheitspolizei im Kanton Graubünden, das heisst die Integration der Gemeindepolizeien in die Kantonspolizei definitiv verzichtet werden soll (Grossratsprotokoll 1/2018/219, S. 80).»

Auch zur Aufgabenübertragung machte der Kommisspräsident eine klare Aussage:

«Umgekehrt können [die Gemeinden] Aufgaben des Kantons selbst wahrnehmen, dafür brauchen sie aber eine vertragliche Grundlage mit dem Kanton gemäss Art. 5 Abs. 3 und 4. [...] Die Hürden für die Übernahme eigentlicher kantonaler Aufgaben durch die Gemeinden dürfen dabei nicht allzu hoch gesetzt werden. Es wird vom Kanton ein gewisses Entgegenkommen aus Sicht der Gemeinden erwartet (Grossratsprotokoll 112018/2019, S 90).»

Vor diesem Hintergrund wird die Regierung beauftragt, dafür zu sorgen, dass im DJSG von einer unzutreffenden Interpretation des Berichts Polizei Graubünden 2015 Abstand genommen wird, dass die korrekte Umsetzung und Anwendung des im Jahr 2018 teilrevidierten Polizeigesetzes uneingeschränkt erfolgt und die diesbezüglichen Meinungen und die entsprechenden Aufträge der Legislative des Kantons Graubünden nicht weiter ignoriert, sondern akzeptiert und umgesetzt werden.

Chur, 27. August 2021

Pfäßli, Marti, Michael (Castasegna), Alig, Bigliel, Censi, Claus, Engler, Felix, Flütsch, Giacomelli, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kasper, Kienz, Kunz (Chur), Kuoni, Loi, Mittner, Natter, Niggli (Samedan), Papa, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Valär, Waidacher, Weidmann, Wellig, Wieland



Sesida dals

26 d'october 2021

Communitgà ils

27 d'october 2021

Protocol nr.

920/2021

Incumbensa da la fracziun da la PLD

concernent la realisaziun da la Lescha da polizia tenor la revisiun parziala da l'onn
2018

Resposta da la Regenza

L'art. 4 al. 6 da la Lescha da polizia (LPol; DG 613.000) cuntegna in sustegn explicit per la collavuraziun tranter la Polizia chantunala e las vischnancas e pia in sustegn per il sistem dual. Per in sistem dual dovri dentant diversas repartiziuns da las incumbensas. La cunfinaziun da questas incumbensas chaschuna la finala adina puspè discussiuns. En la debatta dal Cussegl grond (PCG 2018/2019, p. 87) ha la Regenza precisà latiers, che «sche nus vulain però mantegnair quest sistem dual che corresponda er a Vossa voluntad, lura datti cunfins ed ad in tschert punct stuain nus lura trair quest stritg.» Quest sustegn per il sistem dual vala anc adina e tant la Regenza sco er il Departament da giustia, segirezza e sanadad ageschan correspundentmain. Tuttina pon ins leger sin pagina 54 dal rapport «Polizia dal Grischun 2015plus» – ch'è vegnì approvà ils 22 da settember 2015 da la Regenza – ch'i fiss da beneventar, sche las polizias communalas restantas (cun excepziun da la Polizia da la citad da Cuir) pudessan vegnir abolidas a media vista cun soluziuns da contract. Da promover che la Polizia chantunala surpiglia per contract incumbensas da las polizias communalas, corresponda damai a la strategia da la Regenza. La Regenza constatescha pia, ch'il DGSS na fa resp. n'ha fatg naginas interpretaziuns inexactas dal rapport da polizia 2015.

Il stritg menziunà qua survart vegn tratg en spezial là, nua che la basa necessaria manca en il dretg vertent. Sche la basa necessaria na manca percurter betg, ston esser ademplidas las premissas tenor il dretg polizial. Tenor l'art. 5 al. 4 LPol das-

tgan las competenzas numnadamain mo vegnir delegadas, sche las premissas e las structuradas èn dadas per quai. Ultra da quai dovri per ina tala delegaziun – ch'è da reglar cun in contract e che dovra uschia il consentiment dad omaduas partidas – adina raschuns objectivas e raschunaivlas. Ina delegaziun da las incumbensas tenor l'art. 5 al. 4 LPol na datti perquai betg, sch'ina tala delegaziun è incunvegna e sche las premissas organisatoricas sco er las premissas persunalas na vegnan betg adempridas. Sche las incumbensas da la Polizia chantunala vegnan surdadas per contract ad ina polizia communal, sto la Regenza ultra da quai avair en egl la strategia poliziala generala.

Sche vischnancas – sa basond sin l'art. 5 al. 4 LPol – han ina dumonda concreta, per la quala exista la basa necessaria en il dretg vertent, pon ellas drizzar la dumonda al DGSS cun inditgar las explicaziuns correspondentas davart las premissas menziunadas en l'art. 5 al. 4 LPol. Silsunter examinescha il DGSS la dumonda.

La Regenza constatescha sin basa da las explicaziuns qua survart, che la revisiun parziala da la Lescha da polizia da l'onn 2018 vegn exequida ed applitgada correctamain e che naginas incumbensas correspondentas dal Cussegl grond na vegnan ignoradas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa ed il medem mument da la stritgar sco liquidada.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa da la fracziun da la PLD concernent la realisaziun da la Lescha da polizia tenor la revisiun parziala da l'onn 2018 (emprim sutsegnader Pfäffli)

Ils 26-05-2021 ha la Polizia communal da San Murezzan inoltrà al Departament da giustia, segirezza e sanadad (DGSS) ina dumonda da survegnir la cumpetenzza da dar multas en chaussa da la Lescha da narcotics (LN) tenor la glista da multas 2. Ils 8-07-2021 ha il DGSS refusà questa dumonda cun la suandanta motivaziun:

«Sut tschertas circumstanzas pon incumbensas da la Polizia chantunala vegnir transferidas en il cas excepziunal per contract e cunter indemnizaziun a las vischnancas. In tal transferiment è fin ussa vegnì fatg exclusivamain a la polizia communal la pli gronda, numnadamain a la Polizia da la citad da Cuira, ed è in'exceptiun, er pervia da las structurazions creschidas istoricamain. Cun approvar il rapport «Polizia dal Grischun 2015plus» ha la Regenza concludì tranter auter da restar tar il model existent da l'organisaziun poliziala. Quai vul dir ch'i vegn renunzià da stgaffir ina polizia unitara ed uschia er desistì da privar las vischnancas da lur cumpetenzas existentas. Però parta il rapport dal fatg che – cun exceptiun da Cuira – las ulteriuras ovgi vischnancas che han in'atgna polizia vegnian – a vista mesauna – a surdar facultativamain lur incumbensas a la Polizia chantunala. La Regenza vul lura bain er promover questa soluziun da contract, en spezial en il rom da fusiuns da vischnancas e da la regionalisaziun d'incumbensas communalas. Ulteriuras exceptiuns analogas a quellas da Cuira n'èn ni planisadas ni existan las premissas necessarias per quai.»

Questa motivaziun stat en ina clera cuntradiziun cun la revisiun parziala da la Lescha da polizia, ch'è vegnida tractada dals 29-08-2018 fin il 1-09-2018 en il Cussegl grond ed alura concludida, ed ignorescha sapientivamain ils votums clers e nets dal represchentant da la Regenza e da differents commembers dal parlament, ch'èn vegnids protocollads en la debatta correspondent. Uschia è il cusseglier guvernativ cumpetent Rathgeb s'exprimì per il protocol concernent il rapport da polizia 2015, concernent la strategia ed il futur da la Polizia communal sco er concernent sias incumbensas respectivamain cumpetenzas, sco suonda:

«Là avain nus sclerì la dumonda centrala, sche nus vulain lavurar vinavant en il chantun Grischun cun in sistem dual ed avain uschia [...] mess giud maisa il tema da la polizia unitara. [...] Quai vul dir, nus avain in sistem fin da cumpetenzas ch'èn equilibradas bain tranter il chantun e las vischnancas. Nus empruvain da consolidar quai cun questa revisiun parziala, senza tangar las cumpetenzas da las vischnancas, schizunt anc da las extender in zic ed alura prender soluziuns individualas. [...] E nus avain ina regulaziun da basa per alura dar la paisa necessaria als basegns individuals da las vischnancas [...] sin plaun d'in contract. E jau sun da l'avis che quai è in model excellent che tegna quint dals basegns dal chantun e da las vischnancas il qual nus cementain cun questa revisiun parziala ed il qual regla tschertas dumondas als puncts da contact. Ma anc ina giada: quests puncts da contact restan natiralmain adina en in chantun che viva quest model dual. Nus vivain quest model, nus al sustegnain cleramain e nus al vulain viver er en l'avegnir (protocol dal Cussegl grond 1/2018/2019, p. 87).»

Medemamain è s'exprimì il president da la cumissiun da quella giada, il deputà Cramer:

«Dal rapport da la polizia [...] resorta l'enconuschientscha ch'i duai vegnir renunzià definitivamain d'introducir ina polizia unitara en il chantun Grischun, quai vul dir d'integrar las polizias communalas en la Polizia unitara (protocol dal Cussegl grond 1/2018/2019, p. 80).»

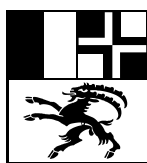
Er concernent la surdada d'incumbensas ha il president da la cumissiun explitgà cleramain:

«Cas cuntrari pon [las vischnancas] ademplir sezzas incumbensas dal chantun. Per quest intent dovran ellas però ina basa contractuala cun il chantun tenor l'art. 5 al. 3 e 4. [...] Ils obstachels per surpigliar incumbensas chantunalas sco talas tras las vischnancas na dastgan betg esser memia auts. Ord vista da las vischnancas vegn spetgada ina tscherta bainvulientscha da vart dal chantun (protocol dal Cussegl grond 1/2018/2019, p. 90).»

Sut quest aspect vegn la Regenza incumbensada da procurar ch'il DGSS sa distanzieschia d'ina interpretaziun inexacta dal rapport "Polizia grischuna 2015", che la revisiun parziala da la Lescha da polizia da l'onn 2018 vegnia exequida ed applitgada correctamain e che las opiniuns respectivas e las incumbensas correspondentas da la legislativa dal chantun Grischun na vegnian betg ignoradas vinavant, mabain acceptadas e realisadas.

Cuira, ils 27 d'avust 2021

Pfäffli, Marti, Michael (Castasegna), Alig, Bigliel, Censi, Claus, Engler, Felix, Flütsch, Giacomelli, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kasper, Kienz, Kunz (Cuira), Kuoni, Loi, Mittner, Natter, Niggli (Samedan), Papa, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Valär, Waidacher, Weidmann, Wellig, Wieland



Seduta del
26 ottobre 2021

Comunicata il
27 ottobre 2021

Protocollo n.
920/2021

Incarico di frazione PLD

concernente l'attuazione della legge sulla polizia in conformità alla revisione parziale
del 2018

Risposta del Governo

L'art. 4 cpv. 6 della legge sulla polizia (LPol; CSC 613.000) contiene una dichiarazione esplicita a favore della collaborazione tra la Polizia cantonale e i comuni e con ciò una dichiarazione relativa al sistema duale. Il sistema duale comporta però una moltitudine di ripartizioni di compiti le quali con regolarità sono oggetto discussioni in relazione alla loro delimitazione. A tale riguardo, in occasione del dibattito in Gran Consiglio (PGC 2018/2019, p. 87) il Governo ha spiegato che "se vogliamo rimanere fedeli a questo sistema duale, ciò che corrisponde anche alla vostra volontà, ci sono delle delimitazioni da fare e da qualche parte dobbiamo semplicemente tirare una riga." Questa dichiarazione a favore del sistema duale è tuttora valida e sia il Governo, sia il Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità agiscono di conseguenza. Ciononostante, a pagina 54 del rapporto "Polizei Graubünden 2015plus", approvato dal Governo il 22 settembre 2015, si legge che sarebbe auspicabile che a medio termine fosse possibile abolire le polizie comunali rimanenti (tranne città di Coira) attraverso regolamentazioni su base contrattuale. La promozione del rilevamento su base contrattuale di compiti di polizia comunale da parte della Polizia cantonale corrisponde di conseguenza alla strategia del Governo. Il Governo osserva quindi che il DGSS non interpreta e non ha interpretato in modo errato il rapporto sulla polizia 2015.

La riga summenzionata viene tracciata in particolare laddove nel diritto vigente mancano le basi necessarie. Se per contro le basi necessarie non mancano, devono ancora essere soddisfatti i presupposti del diritto in materia di polizia. Infatti, conformemente all'art. 5 cpv. 4 LPol, una delega di competenze può avvenire soltanto se sono dati i relativi presupposti e le relative strutture. Inoltre per una tale delega, che deve essere convenuta su base contrattuale e che quindi richiede il consenso di entrambe le parti, sono sempre necessari motivi oggettivamente sensati. Perciò una trasmissione di compiti secondo l'art. 5 cpv. 4 LPol non avviene laddove essa è inopportuna e laddove i presupposti organizzativi e personali non sono adempiuti. In caso di trasmissione di compiti su base contrattuale dalla Polizia cantonale a una polizia comunale, il Governo deve inoltre avere un quadro della strategia generale di polizia. Qualora i comuni dovessero avere una richiesta concreta in base all'art. 5 cpv. 4 LPol per la quale nel diritto vigente non mancano le basi necessarie, possono indirizzarla al DGSS corredata delle corrispondenti spiegazioni relative ai presupposti menzionati nell'art. 5 cpv. 4 LPol. In seguito il DGSS esaminerà la domanda.

Secondo quanto appena spiegato, il Governo osserva che l'attuazione e l'applicazione della legge sulla polizia sottoposta a revisione parziale nel 2018 avviene in modo corretto e che non vengono ignorati corrispondenti incarichi del Gran Consiglio.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere l'incarico in oggetto e contemporaneamente di stralciarlo come evaso.



In nome del Governo

Il Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "M. Cavigelli".

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin

Incarico di frazione PLD concernente l'attuazione della legge sulla polizia in conformità alla revisione parziale del 2018 (primo firmatario Pfäffli)

In data 26.5.2021 la polizia comunale di St. Moritz ha presentato al Dipartimento di giustizia, sicurezza e sanità una domanda di concessione della competenza per le multe in relazione alla legge sugli stupefacenti (LStup) conformemente all'elenco delle multe 2. In data 8.7.2021 il DGSS ha respinto tale domanda con la motivazione seguente:

«A determinate condizioni, in casi eccezionali compiti di polizia cantonale possono essere delegati per contratto e dietro indennizzo ai comuni. Finora una tale delega è avvenuta esclusivamente nel caso del più grande corpo di polizia comunale, vale a dire la polizia della Città di Coira, e costituisce un'eccezione motivata anche dalle strutture sviluppatesi nel corso del tempo. Con l'approvazione del rapporto «Polizei Graubünden 2015plus», il Governo ha deciso tra l'altro di rimanere fedele al modello esistente di organizzazione della polizia. Questo significa che si è rinunciato a creare un corpo di polizia unico e quindi anche a privare i comuni delle competenze di cui dispongono. Tuttavia il rapporto parte dal presupposto che, fatta eccezione per Coira, a medio termine gli altri otto comuni che dispongono di una polizia propria trasferiscano volontariamente per contratto i propri compiti alla Polizia cantonale. Il Governo è intenzionato a favorire queste soluzioni contrattuali, in particolare nel quadro di aggregazioni di comuni e della regionalizzazione dei compiti comunali. Ulteriori eccezioni analoghe a quella di Coira non sono previste e nemmeno risultano date le condizioni necessarie a tale scopo.»

Questa motivazione si pone in chiara contraddizione con la revisione parziale della legge sulla polizia discussa e decisa nella sessione del Gran Consiglio tenuta dal 29.8.2018 al 1.9.2018 e ignora consapevolmente gli inequivocabili interventi tenuti durante il corrispondente dibattito dal rappresentante del Governo e da vari parlamentari e iscritti a verbale. Ad esempio, riguardo al Rapporto sulla polizia 2015, strategia e futuro della polizia comunale e dei suoi compiti e competenze, il Consigliere di Stato competente Rathgeb ha dichiarato quanto segue:

«Abbiamo chiarito la questione di fondo relativa al fatto se nel Cantone dei Grigioni intendiamo proseguire con un sistema duale e in tal modo [...] abbiamo liquidato il tema del corpo di polizia unico. [...] Questo significa che disponiamo di un raffinato sistema di competenze ben equilibrate tra Cantone e comuni. Con la presente revisione parziale cerchiamo di consolidarlo senza intaccare le competenze dei comuni, in parte addirittura ampliandole ancora un po' e poi affrontando soluzioni individuali. [...] E disponiamo di una regolamentazione di base che ci permette di dare seguito alle esigenze individuali dei comuni [...] a livello contrattuale. Intendo dire che si tratta di un ottimo modello, fatto su misura per le esigenze del Cantone e dei comuni, che con la presente revisione parziale cementiamo e con il quale discipliniamo questioni relative ai punti di contatto. Ma ripeto: questi punti di contatto rimangono naturalmente sempre in un Cantone che conosce questo modello duale. Noi lo viviamo, ci professiamo a favore di tale modello e vorremmo viverlo anche in futuro (protocollo del Gran Consiglio 112018/2019, p. 87).»

Si è subito espresso anche l'allora presidente della Commissione, granconsigliere Cramer:

«Dal Rapporto sulla polizia [...] si evince l'intenzione di rinunciare definitivamente all'introduzione di un corpo di polizia unico nel Cantone dei Grigioni, vale a dire all'integrazione delle polizie comunali nella Polizia cantonale (protocollo del Gran Consiglio 1/2018/2019, p. 80).»

Il presidente della Commissione si è espresso in modo chiaro anche riguardo al trasferimento dei compiti:

«Inversamente [i comuni] possono assumere compiti del Cantone, per questo necessitano però di una base contrattuale con il Cantone in conformità all'art. 5 cpv. 3 e 4. [...] Gli ostacoli per l'assunzione da parte dei comuni di compiti che sarebbero compiti cantonali non devono tuttavia essere troppo alti. I comuni si attendono dal Cantone una certa compiacenza (protocollo del Gran Consiglio 112018/2019, p. 90).»

Ciò considerato, il Governo viene incaricato di provvedere affinché presso il DGSS ci si distanzi da un'interpretazione errata del rapporto «Polizei Graubünden 2015», che l'attuazione e applicazione corrette della legge sulla polizia sottoposta a revisione parziale nel 2018 avvengano senza restrizioni e che le opinioni al riguardo e i corrispondenti incarichi del legislativo non vengano ulteriormente ignorati, bensì accettati e attuati.

Coira, 27 agosto 2021

Pfäffli, Marti, Michael (Castasegna), Alig, Bigliel, Censi, Claus, Engler, Felix, Flütsch, Giacomelli, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jenny, Jochum, Kasper, Kienz, Kunz (Coira), Kuoni, Loi, Mittner, Natter, Niggli (Samedan), Papa, Rüegg, Schutz, Stiffler, Thomann-Frank, Thür-Suter, Valär, Waidacher, Weidmann, Wellig, Wieland